



Jahresbericht 2014

Inhaltsverzeichnis

1	Bericht des Co-Präsidiums	3
1	Bericht der Koordination	6
1.1	Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen	8
1.2	Weitere Aktivitäten	9
1.3	Vernehmlassungen	10
1.4	Grüne Schweiz	11
1.3	Internationale Solidarität	11
1.5	Entwicklung der Mitgliederzahlen	12
1.7	Finanzen	12
1.8	Politischer Ausblick / Jahresplanung	12
2	Bericht aus der Fraktion	14

Jahresbericht 2014

1 Bericht des Co-Präsidiums

Verjüngung / Aufbruchsstimmung

Wir sind im April 2014 mit dem Willen angetreten, das Profil von BastA! in der Öffentlichkeit zu stärken und zu verhindern, dass die Partei im Grünen Bündnis unter geht. Dies ist uns rasch gelungen. Die Medien beschworen sogar einen „Konflikt“ und „Hauskrach beim Grünen Bündnis“ herauf. Zwar entsprach das nicht den Tatsachen, jedoch konnten wir deutlich machen, dass wir uns nicht mit der Rolle der Juniorpartnerin im Grünen Bündnis abfinden wollen. Ein konkretes Ergebnis daraus ist der Name der gemeinsamen Nationalratsliste, der nicht mehr „Grünes Bündnis“ sondern „Bündnis Grüne BastA!“ lautet. Neben der Schärfung des Profils steht mit der Verjüngung und Erneuerung von BastA! eine weitere wichtige Aufgabe bevor. Das kann uns nur mit einer starken linken Politik gelingen, mit der wir eine Alternative zu Regierungsparteien bieten, die oft durch eine übertriebene Loyalität gegenüber ihren Regierungsmitgliedern auffallen. An einer gut besuchten Retraite konnten die BastA!-Mitglieder unter anderem auch über ihre Hauptanliegen, ihre politischen Ziele und Visionen diskutieren. Die Reaktionen darauf waren positiv und zeigten uns, dass ein Bedürfnis besteht, neben den Alltagsgeschäften auch vertiefte politische Auseinandersetzungen zu führen. Gefässe für diese parteiinternen Diskussionen wollen wir in Zukunft vermehrt schaffen. Darüber hinaus müssen wir gezielter Junge und Neumitglieder ansprechen. Als erster, aber sicher nicht letzter Schritt, wurde 2014 der Social Media-Auftritt verstärkt. Wichtig ist uns, dass wir beim Prozess der Verjüngung und Erneuerung keinesfalls auf erfahrene Mitglieder verzichten wollen, sondern diese mit neuen Köpfen ergänzen möchten.

Rolle im rot-grünen Parteispektrum

Zusammenarbeit mit anderen Parteien (SP, Grüne): Nachdem es vor 2014 mehrere wichtige Abstimmungen gab, in denen die Position von Grünen und BastA! weit auseinander lagen (z.B. WRFG, Unter-

nehmenssteuern), konnten wir 2014 die Kampagnen mehrheitlich zusammen führen und gewannen gemeinsam die Einführung der Geschlechterquote, die Ablehnung der Stadtrandüberbauungen sowie die Ablehnung der SVP-Integrationsinitiative und die Annahme des Gegenvorschlags mit den gratis Sprachkursen. Ein Dreh- und Angelpunkt für die Zusammenarbeit mit den Grünen, aber auch mit der SP, zeichnet sich 2015 mit dem Sparpaket ab. Wir erwarten, dass diese Parteien uns beim Engagement gegen die Kürzung der kantonalen Beihilfen und gegen andere gravierende Sparmassnahmen im Bereich Bildung, Personal, Sozialhilfe, Erwachsenenschutz und der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen unterstützen.

Regierungsrat

Bei unserem Antritt als Co-Präsidium kritisierten wir den Regierungsrat für seine Politik zugunsten multinationaler Firmen und Investoren sowie fürs eigene Prestigedenken anstatt für die finanziell Schwachen und jene, die Unterstützung des Staates benötigen. Diese Kritik wurde im Laufe des Jahres 2014 nicht kleiner. Im Rahmen der Abstimmung über die Stadtrandüberbauung kritisierten wir, dass diese Stadtentwicklung einseitig auf Gutverdienende und Vermögende abzielt, während die Wohnungsnot für wenig und normal Verdienende immer schlimmer wird. Ende 2014 zeichnete sich die nächste grosse Meinungsdivergenz zwischen Regierung und BastA! ab: Die rot-grün dominierte Regierung kündigte ein Sparpaket an, nachdem in den letzten Jahren aufgrund der jeweils ausgezeichneten Rechnungsabschlüsse mehrmals Schulden abgebaut worden waren. Die rot-grüne Regierung verpasste es somit 2014 wie bereits in den Jahren davor, aufzuzeigen, was ihre Politik als rot-grün auszeichnet und wo der konkrete Unterschied zu einer mitte-rechts Regierung besteht.

In der Retraite 2014 hat die Diskussion innerhalb von BastA! über eine allfällige Unterstützung der rot-grünen Regierungsratsmitglieder oder das Antreten mit eigenen Regierungsratskandidierenden bei den Wahlen 2016 begonnen und ist noch nicht abgeschlossen. Bereits jetzt ist aber klar, dass eine Unterstützung der Regierungsratsmitglieder von SP und Grünen von deren Leistung und Positionierung in der aktuellen Legislatur und der gesamten Amtszeit abhängig gemacht werden

muss. Dabei ist offensichtlich, dass die Position des Regierungsrates bei vielen Abstimmungen und Entscheidungen sehr weit von jener von BastA! entfernt ist.

Nationalrat

Aufgrund der teilweise unterschiedlichen Positionen von Grünen und BastA! war der Entscheid für eine gemeinsame Liste für den Nationalrat kein Selbstläufer. An der eintägigen Retraite unter der Leitung des neuen Co-Präsidiums diskutierten die BastA!-Mitglieder intensiv über die Vor- und Nachteile einer gemeinsamen oder einer eigenen Liste. Schlussendlich entschied die Mitgliederversammlung im August 2014 mit einer gemeinsamen Nationalratsliste zusammen mit den Grünen anzutreten. Ausschlaggebend waren einerseits die Chance, den Sitz der CVP wieder zurück zu gewinnen und andererseits die gute Ausgangslage, diesen Sitz für BastA! zu gewinnen. 2015 wird die Aufgabe sein, diese Chancen mit einer hervorragenden Wahlkampagne auch zu nutzen und eine unserer profilierten BastA!-Kandidatinnen in den Nationalrat zu bringen.

Tonja Zürcher und Heidi Mück, Co-Präsidentinnen

2 Bericht der Koordination

Das Jahr 2014 begann mit einem politischen Paukenschlag. Am 9. Februar hat eine hauchdünne Mehrheit der Stimmenden die Masseneinwanderungsinitiative der SVP angenommen. Ob dieses Schocks ging fast unter, dass wir am gleichen Abstimmungssonntag auf kantonaler Ebene auch etwas zu feiern hatten. Die Einführung einer Geschlechterquote in den Verwaltungsräten kantonsnaher Betriebe wurde nämlich angenommen. Diese Gesetzesänderung geht auf einen Vorstoss von BastA!-Grossrätin Brigitta Gerber zurück.

Das politische Wechselbad bei Abstimmungen fand während des ganzen Berichtsjahres seine Fortsetzung. So konnten wir über die Abfuhr für den Kampfjet Gripen jubeln, mussten aber gleichzeitig miterleben, wie die Mindestlohn-Initiative sang- und klanglos unterging. Bei beiden Vorlagen hatte sich BastA! mit einem eigenen Flyer eingesetzt. Auch die Initiative für eine Einheitskrankenkasse hatte an der Urne keine Chance. Hingegen konnten wir beim Integrationsgesetz einer vernünftigen Lösung zum Durchbruch verhelfen. Migrantinnen und Migranten können künftig in ihrem ersten Jahr in der Schweiz Gratisdeutschkurse in Anspruch nehmen. Die Abstimmung zum Erlenmatttram ging verloren, dafür waren wir bei den Referenden zu den Stadtrandentwicklungen Ost und Süd auf der Seite der SiegerInnen. Wir argumentierten, die Stadtrandüberbauungen seien raumplanerisch fragwürdig, da sie zu einer Erweiterung des Baugebiets auf Kosten der knappen Grünflächen führten, anstatt das Potential innerhalb der Stadt zu nutzen. Zudem wären in den Hochhäusern weitere teure Wohnungen entstanden, anstatt den dringend gebrauchten günstigen.

Ein Thema hat uns das ganze Jahr über besonders beschäftigt: die akute Wohnungsnot in Basel. Besonders günstige Wohnungen sind Mangelware. Angesichts dieser Sachlage ist es empörend, dass die Regierung tatenlos zusieht und darauf vertraut, der Markt werde es schon richten. Mit sechs Vorstössen hat BastA! eine aktivere Wohnpolitik der Regierung eingefordert, drei davon wurden überwiesen. Uns war aber klar, dass auf dem parlamentarischen Weg allein die Wohnungsnot

nicht bekämpft werden kann. Wir luden daher Organisationen und Institutionen, die direkt mit der Wohnungsnot konfrontiert sind, zu einem Vernetzungstreffen ein. Und es kamen viele. Sie gründeten am 3. Dezember das Netzwerk Wohnungsnot. Was die Anwesenden zu berichten hatten, war erschütternd und führte uns das ganze Ausmass der Wohnungsnot drastisch vor Augen. Sie beklagten sich darüber, dass sie für ihre Klientinnen und Klienten kaum mehr bezahlbare Wohnungen finden, mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Betroffenen. Bei den Folgetreffen des Netzwerks stiessen weitere Interessierte dazu. Inzwischen sind 22 Institutionen im Netzwerk vertreten. Einig waren wir uns darin, dass es in einem ersten Schritt darum geht, die Wohnungsnot sichtbar zu machen. Wie wichtig das ist, hat das Abstimmungsergebnis zur Initiative Wohnen für alle gezeigt. Offensichtlich ist es in breiten Bevölkerungsschichten noch nicht angekommen, dass in Basel tatsächlich akute Wohnungsnot herrscht. Das Netzwerk begrüsst daher die unter dem Motto „Von Ort zu Ort der Verdrängung entgegen“ regelmässig stattfindenden Stadtspaziergänge. Weitere Aktionen sind noch in Diskussion. Wir bleiben auch im Jahr 2015 am Ball. BastA! hat sich im Berichtsjahr aber auch für den Wagenplatz eingesetzt. Wir sind der Ansicht, dass diese alternative Wohn- und Lebensform für Basel eine Bereicherung darstellt. Erfreulich ist, dass es den Wagenplatz immer noch gibt. Empört hat uns, dass die rot-grüne Regierung eine Teilräumung des Wagenplatzes veranlasste, obwohl keine andere Nutzung in Sicht war.

BastA!-intern hat sich im Berichtsjahr einiges verändert. An der Jahresversammlung am 3. April wählten wir ein neues Co-Präsidium: Tonja Zürcher und Heidi Mück. Damit ging auch eine Ära zu Ende. Während Jahren hatte Urs Müller BastA! ein Gesicht gegeben und die Partei nach aussen vertreten. Ihm sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Die beiden neu gewählten Co-Präsidentinnen haben angekündigt, sie wollten frischen Wind in die Partei bringen und das politische Profil von BastA! schärfen. Und sie tun das mit Bravour. BastA! ist im Wahljahr 2015 gut aufgestellt.

1.1 Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen

Am 15. Juni lud BastA! zu einer Retraite in den Quartiertreff Kleinhüningen ein. Nach einer engagierten Grundsatzdebatte, wie sich BastA! politisch positionieren soll, diskutierten wir diverse Varianten im Hinblick auf die Nationalrats- und die Grossratswahlen. Einig waren wir uns, dass wir Wege finden müssen, wie BastA! als eigenständige politische Kraft in Erscheinung treten kann und nicht einfach im Grünen Bündnis „untergeht“. Eine Mitgliederversammlung am 28. August fällte dann erste Grundsatzentscheide. Wir beschlossen, wieder zusammen mit den Grünen zu den Nationalratswahlen anzutreten. Erklärtes Ziel soll es sein, den vor vier Jahren verlorenen Sitz zurück zu gewinnen. Die Chancen dazu bestehen durchaus. Die andere Variante, mit einer eigenen Liste Mitglieder im Hinblick auf die Grossratswahlen zu profilieren, wurde verworfen, um diese Chance zu packen.

Unter dem Motto „Politik braucht Kultur“ lud BastA! am Vorabend des 1. Mai auch dieses Jahr wieder zu einer Veranstaltung ins Marionettentheater ein. Diesmal war die Formation „Bern ist überall“ mit Guy Krneta, Ariane von Graffenried und Michael Pfeuti zu Gast. Die rund 50 Besucherinnen und Besucher erlebten einen gehaltvollen und unterhaltsamen Abend.

Im Rahmen der Abstimmungskampagne zur Ecopop-Initiative veranstaltete BastA! im Kino Camera eine Film-Matinée. Gezeigt wurde der Film „Population Boom“. In seinem Dokumentarfilm geht Werner Boote dem viel beschworenen Horrorszenario Überbevölkerung nach. Wer behauptet eigentlich, dass die Welt überbevölkert ist? Und wer von uns ist zuviel?

Anfang Dezember tagte die OSZE-Ministerkonferenz in Basel. Grosse Teile der Stadt wurden zur militärischen Sperrzone. BastA! lud zu einer Veranstaltung mit Andreas Zumach und Jo Lang ein. Die beiden referierten zum Thema: Was heisst Friedenssicherung in Europa heute? Wie aktuell diese Frage ist, zeigte sich schon daran, dass über 80 Personen die Veranstaltung besuchten.

1.2 Weitere Aktivitäten

Bildungspolitik. Im Februar des Berichtsjahres lud BastA! zu einem Treffen bildungspolitisch interessierter Mitglieder ein. Es kamen etliche Schulrätinnen und -räte sowie Lehrkräfte. Hauptthema war die integrative Schule. Grundsätzlich sei dieses Schulmodell zu begrüßen, doch müssten dann auch die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Andernfalls seien die Lehrkräfte überfordert. Kritisiert wurde auch, dass die Reformen von oben nach unten eingeführt würden, ohne die Lehrkräfte gebührend einzubeziehen.

Gesundheitspolitik. Zusammen mit anderen politischen Kräften hat BastA! das Referendum gegen die Auslagerung der Volks- und der Schulzahnklinik ergriffen. Wir kritisierten die Auslagerung als weiteren Schritt in Richtung eines neoliberalen Gesundheitswesens, in dem nicht mehr die Bedürfnisse der Bevölkerung im Vordergrund stehen, sondern Marktlogik und Profitdenken dominieren. In der Volksabstimmung hat jedoch eine Mehrheit der Stimmenden der Auslagerung zugestimmt.

An einer Koordinationssitzung orientierte uns Christoph Strebel über den öffentlichen Streit betreffend Standort der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Ein Komitee vorwiegend aus Fachleuten hat eine Initiative lanciert, die fordert, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrie als eigenständige Institution erhalten wird und in der Nähe des Kinderspitals anzusiedeln sei. BastA! beschloss, die Initiative zu unterstützen.

Einige BastA!-Mitglieder sind im Verein „Gesundheit für alle“ aktiv. Dieser Verein hat sich zum Ziel gesetzt, nach der Verselbständigung der öffentlichen Spitäler genau hinzuschauen, wie sich die Situation im Gesundheitswesen entwickelt. Fest steht jetzt schon, dass die Einführung der Fallkostenpauschalen ein Riesenfehler war mit gravierenden Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung.

Syngenta. Dass Basel an der Expo in Mailand dem Agrochemiemulti Syngenta eine Plattform gibt, ist an sich schon bedenklich. Wenn dann aber ausgerechnet der Grüne Guy Morin den Konzern in den höchsten Tönen lobt und als Wohltäter der Menschheit hinstellt, ist das unerträglich. BastA! hat sich dafür eingesetzt, dass auch KritikerInnen des

Konzerns zu Wort kommen sollen. Dem Fass den Boden ausgeschlagen hat dann aber die Ankündigung eines massiven Stellenabbaus bei Syngenta. Allein in Basel sollen 500 Stellen verschwinden. Der Konzern will so seinen Gewinn optimieren. BastA! kritisierte, das entspreche zwar der kapitalistischen Logik, sei aber nichtsdestotrotz blanker Zynismus.

Herzstück. Mit dem „Herzstück Regio-S-Bahn“ wird eine neue unterirdische Verbindung zwischen Bahnhof SBB und Badischem Bahnhof bezeichnet. BastA! hat sich eingehend mit dem Herzstück auseinandergesetzt und ist zum Schluss gelangt, dass es sich hier um ein unnötiges Prestigeprojekt handelt, das 2 Milliarden Franken verschlingen würde – Geld, das dann anderswo fehlen würde, etwa für den Ausbau des Tramnetzes. Trotz dieser Klaren Ablehnung des Projekts haben wir gegen den im Grossen Rat beschlossenen Planungskredit von 30 Millionen Franken das Referendum nicht ergriffen. Dazu sei es jetzt noch zu früh, da vieles noch unklar sei, meinte eine Mehrheit.

1.3 Vernehmlassungen

BastA! hat sich im Rahmen von Vernehmlassungen zu drei Vorlagen geäussert.

Gerichtsorganisationsgesetz: BastA! brachte etliche Änderungsvorschläge ein und setzte sich insbesondere für die Volkswahl der Richterinnen und Richter ein.

Beschaffungsgesetz. BastA! erachtete die vorgeschlagene Änderung des Beschaffungsgesetzes zwar als Schritt in die richtige Richtung, kritisierte sie aber als allzu vage formuliert. Wir erinnerten daran, dass im Rahmen der Parlamentsdebatte von einer Art Automatismus die Rede war, der zum Tragen kommen soll, so dass jedes grössere Bauvorhaben mit massgeblicher Beteiligung der öffentlichen Hand automatisch dem Beschaffungsgesetz unterstellt wird. Von diesem Automatismus sei im Vorschlag des Regierungsrates nun nichts mehr zu finden, stattdessen werde mehrfach betont, dass es nur um eine Unterstellung im Einzelfall gehe. Diese Regelung gehe für BastA! zu wenig weit. Es sei zu bezweifeln, ob die gewünschte Verbesserung des

Arbeitnehmer-schutzes auf den Baustellen mit dieser ad-hoc Unterstellung unter das Beschaffungsgesetz erreicht werden könne.

Verkehrspolitisches Leitbild. Für BastA! ist nicht akzeptabel, dass das demokratisch beschlossene Ziel der MIV-Reduktion nicht umgesetzt wird, nur weil der Regierungsrat einige dazu notwendige Massnahmen für zu wenig populär hält. Es sei schon vor dem Abstimmungstermin über den §13 des Umweltschutzgesetzes bekannt gewesen, dass die zum damaligen Zeitpunkt bereits beschlossenen oder geplanten Massnahmen alleine nicht ausreichen würden, um das Ziel zu erreichen. Es sei daher unverständlich, weshalb die Zeit seit der Annahme des MIV-Reduktionsziels nicht genutzt wurde, um weitere Massnahmen auszuarbeiten und die schon lange bekannten (z.B. Teilrichtplan Velo) zügig umzusetzen.

1.4 Grüne Schweiz

BastA! hat sich im Berichtsjahr intensiv mit der Wahlplattform der Grünen Schweiz auseinandergesetzt und etliche Änderungsvorschläge eingebracht. Insbesondere konnten wir durchsetzen, dass die Grünen alle weiteren Liberalisierungsschritte im Strommarkt ablehnen. Weniger erfolgreich waren wir leider mit unserem Antrag, für die Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ die Nein-Parole zu beschliessen. Wir argumentierten, es gehe nicht an, die Energiewende auf Kosten der einkommensschwachen Haushalte voranzutreiben. Doch unsere Argumentation fand wenig Unterstützung. So standen die Grünen am Abstimmungssonntag zusammen mit den Grünliberalen im Regen und mussten eine massive Abstimmungsniederlage hinnehmen.

1.5 Internationale Solidarität

Anfangs Oktober des vergangenen Jahres besuchte eine Delegation des Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van die kurdischen Gebiete in der Türkei. Die Delegationsreise war überschattet von den kriegerischen Auseinandersetzungen in Kobanê. Kämpfer des sogenannten „Islamischen Staates“ hatten die Stadt umzingelt und rückten Richtung Zentrum vor. Inzwischen ist es der kurdischen Guerilla zum Glück gelungen, den IS wieder aus der Stadt und vielen umliegenden Dörfern zu

vertreiben. Doch die Zehntausende von Flüchtlingen aus Syrien stellten die Kurdinnen und Kurden in der Türkei vor riesige Probleme. BastA! lancierte einen Spendenaufruf für die syrischen Flüchtlinge und konnte 3'500 Franken an ein Projekt überweisen, das den Flüchtlingen Wohncontainer zur Verfügung stellt.

1.6 Entwicklung der Mitgliederzahlen

Die Zahl der Mitglieder ist im Berichtsjahr stabil geblieben. Vier Neueintritten standen 5 Austritte entgegen. Die Austritte betrafen ausschliesslich Mitglieder, die aus Basel weggezogen sind.

1.7 Finanzen

Das Berichtsjahr war für BastA! finanziell erfolgreich. Der Jahresabschluss weist einen Gewinn von über 20'000 Franken aus, und das trotz Rückstellungen von Fr. 10'000. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass das laufende Jahr etliche Mehrbelastungen bringt. Die Wahlen werden uns mindestens 30'000 Franken Kosten, und wegen der dreimonatigen Doppelbesetzung des Sekretariats (Einarbeitung der neuen Sekretärin) entstehen uns ebenfalls erhebliche Mehrkosten. Bei der Jahresrechnung 2015 müssen wir daher mit einem Verlust rechnen.

1.8 Politischer Ausblick

Wohnpolitik und Stadtentwicklung. Dieses Themenfeld wird uns auch im laufenden Jahr intensiv beschäftigen. Wie eingangs erwähnt, hat BastA! das Netzwerk Wohnungsnot angeregt. Man darf gespannt sein, welche Ideen, Forderungen und Aktionsvorschläge dieses Netzwerk noch hervorbringt. Ausserdem plant der MieterInnenverband drei Initiativen für einen besseren MieterInnenschutz. Und nicht zuletzt gilt es zu genau hinzusehen, was die Regierung bezüglich Stadtrandentwicklung Ost im Schilde führt. Guy Morin hat ja bereits angekündigt, dass man trotz verlorener Abstimmung an der Überbauung grundsätzlich festhalten werde.

Nationalratswahlen. Die gemeinsame Liste mit den Grünen unter dem Namen „Bündnis Grüne BastA!“ hat durchaus Chancen, den vor vier Jahren verlorenen Sitz zurück zu gewinnen. Das hängt allerdings

davon ab, zu welchen Listenverbindungen sich die bürgerlichen Parteien zusammenraufen. Und nicht zuletzt braucht es unser volles Engagement, um dieses Ziel zu erreichen. Für BastA! kandidieren Heidi Mück und Sibel Arslan auf der gemeinsamen Liste.

Sozialpolitik. Die völlig unnötige und kontraproduktive Sparpolitik der Regierung wird uns auf Trab halten. BastA! hat bereits angekündigt, dass die Partei gegen die Halbierung der kantonalen Beihilfen das Referendum ergreifen wird. Bekämpfen werden wir aber auch die Sparmassnahmen, welche das Personal betreffen. Ausserdem kommt im laufenden Jahr die Initiative für eine Erbschaftssteuer zur Abstimmung. Auch da wird sich BastA! engagieren.

Wechsel im Sekretariat: Aufgrund der bevorstehenden Pensionierung unseres langjährigen Parteisekretärs Martin Flückiger machte sich der von der Koordination beauftragte Ausschuss auf die Suche nach einer geeigneten Nachfolge. Schon die interne Ausschreibung erbrachte 2 valable Bewerbungen. Nach ausführlichen Gesprächen entschieden sich sowohl der Ausschuss als auch die Koordination für Francesca Renggli als neue Parteisekretärin. Francesca wird im August ihre Arbeit aufnehmen und die ersten drei Monate –zugleich die heisse Phase des Nationalratswahlkampfes – gemeinsam mit Martin für uns arbeiten.

*Im Namen der Koordination:
Tonja Zürcher und Heidi Mück, Co-Präsidentinnen
Martin Flückiger, Parteisekretär*

3 Bericht aus der Fraktion

Im Berichtsjahr blieb die Zusammensetzung der Fraktion unverändert und setzte sich aus 5 BastA!-VertreterInnen und 8 Grünen zusammen. Die Zusammenarbeit innerhalb der Fraktion verlief grösstenteils konstruktiv, ja sogar harmonisch. Nur in wenigen Bereichen gab es Differenzen. So waren die BastA!-GrossrätInnen mit ihrer Kritik an der Wohnpolitik oder der Stadtentwicklung, wie sie von der rot-grünen Regierung vorangetrieben wurde, ziemlich alleine. Auch die Vorbehalte gegenüber der Planung des Herzstücks der Regio-S-Bahn wurde von den Grünen nicht geteilt. Grundsätzlich nahm BastA! gegenüber der Politik des Regierungsrats eine viel kritischere Haltung ein, doch bei den allermeisten Geschäften war sich die Fraktion einig und zog am gleichen Strick in die gleiche Richtung.

In der Februarsitzung wurde eine Resolution des Grünen Bündnisses zum Verkehrskonzept Innenstadt behandelt. Der Regierungsrat wurde darin aufgefordert, die Massnahmen zur Umsetzung des Verkehrskonzepts Innenstadt unverzüglich an die Hand zu nehmen. Nach hitziger Diskussion verpasste die Resolution das 2/3-Mehr und wurde damit als erledigt erklärt. Ausserdem wurden wie üblich die vorgezogenen Budgetpostulate behandelt. BastA!-GrossrätInnen reichten insgesamt drei vorgezogene Budgetpostulate ein, von denen aber nur eines überwiesen wurde. Es handelte sich dabei um die Erhöhung des Staatsbeitrags für die Mobile Jugendarbeit, welche von Heidi Mück gefordert wurde.

In der Märzsession wurde unter anderem der Projektierungskredit für die Sanierung und Erweiterung des Primarschulhauses von Bettingen kontrovers diskutiert. Die Fraktion Grünes Bündnis stellte sich zwar nicht gegen die Sanierung, wollte jedoch die Vergrösserung des Schulhauses, das schon heute als unterbelegt gilt, nicht akzeptieren. Doch mit dieser Haltung blieben wir alleine und der Projektierungskredit wurde mit grossem Mehr bewilligt. Ebenfalls wurden verschiedene Motionen überwiesen, die das Ziel verfolgten, das Verkehrskonzept Innenstadt aufzuweichen.

Die Aprilsitzung wies nur wenige Traktanden auf. Herausgegriffen seien die Motion von Heidi Mück zur Änderung des Taxigesetzes, mit der versucht wurde, ein stärkeres Engagement des Kantons zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Taxichauffeure und -chauffeusen zu erreichen, sowie der Projektierungskredit für behindertengerechte Tramhaltestellen auf dem Bruderholz, der Anlass zu Diskussionen gab. Die Motion wurde relativ knapp abgelehnt und der Projektierungskredit mit deutlichem Mehr bewilligt.

Im Mai stand der Ausgabenbericht betreffend Hafen- und Stadtentwicklung Kleinhüningen/Klybeck für die Vorarbeiten zur übergeordneten Entwicklungsplanung auf der Traktandenliste. Die Hälfte der Fraktion Grünes Bündnis (alle BastA! GrossrätInnen, sowie vereinzelte Grüne) beantragte eine Reduktion des Betrags um rund die Hälfte, damit die Hafententwicklung zwar weiter gehen kann, aber die Arealentwicklung gestoppt wird. Doch damit blieben wir chancenlos. Ebenfalls diskutiert wurde die Fusionsinitiative, und nach langer Diskussion wurde dazu eine zweite Lesung beschlossen.

Die Junisitzung war geprägt von der Debatte um die Pensionskassenrevision. Die Regierung präsentierte einen Vorschlag der stark umstritten war, die vorberatende Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) erarbeitete daraufhin einen Kompromissvorschlag, dem die meisten Fraktionen zustimmen konnten. Mit dem Wechsel vom Leistungs- ins Beitragsprimat und der Erhöhung des Rentenalters auf 65 für beide Geschlechter musste das Staatspersonal grosse Einbussen in Kauf nehmen. Die Sprecherin der Fraktion Patrizia Bernasconi betonte deshalb auch unsere Unzufriedenheit und kritisierte, dass insbesondere die Frauen einen zu hohen Preis für die Sanierung der Pensionskasse bezahlen müssen.

In der Bündelitagssitzung Ende Juni wurde traditionsgemäss die Rechnung 2013 diskutiert und verabschiedet. Wie in den letzten Jahren schloss auch diesmal die Rechnung mit einem Überschuss ab – 2013 waren es 85 Millionen Franken – und wie gewohnt war die Rechnung weit positiver als budgetiert. Nach dieser Diskussion befasste sich der Grosse Rat erneut mit der Fusionsinitiative und beschloss, der Initiative einen

Gegenvorschlag gegenüber zu stellen, der dem Kanton Basel-Landschaft im zu bildenden Verfassungsrat eine grössere Anzahl Abgeordnete zugestand. Die Initiative wurde daraufhin zurück gezogen und der Gegenvorschlag gelangte zur Abstimmung. Doch trotz des Entgegenkommens an Basel-Landschaft wurde dort die Fusionsinitiative vehement bekämpft und mit grossem Mehr abgelehnt.

Die erste Sitzung nach der Sommerpause war reich befrachtet. Nachdem der Grosse Rat den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, mit kritischen Bemerkungen von Brigitta Gerber zur Ressourcenverteilung im Fachreferat Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt, genehmigt hatte, wurde der Tätigkeitsbericht des Kontrollorgans über den Staatsschutz im Kanton Basel-Stadt diskutiert. Die Sprecherin der Fraktion Sibel Arslan kritisierte den Umstand, dass nicht sichergestellt sei, dass Gesuchsteller Einsicht in sämtliche abgespeicherte Informationen erhalten, die ihre Persönlichkeit betreffen und an deren Geheimhaltung kein überwiegendes Interesse besteht. Lange diskutiert wurde die Erstellung eines Vorprojektes für das Herzstück Regio-S-Bahn Basel. Hier vertraten die BastA!-GrossrätInnen eine andere Meinung als die grünen FraktionskollegInnen und sprachen sich sehr kritisch zu diesem Projekt aus. BastA!-Sprecherin Patrizia Bernasconi sprach von einem eigentlichen „Zersiedelungsprojekt“. Doch die Kritik blieb chancenlos und auch das von Einzelpersonen angestrebte Referendum kam nicht zu Stande. In der gleichen Sitzung wurde die Integrationsinitiative der SVP beraten, zu der die vorberatende Kommission einen Gegenvorschlag erarbeitet hatte, der im Gegensatz zur Initiative durchaus positive Massnahmen vorsah. Der Grosse Rat beschloss, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und statt dessen den Gegenvorschlag zu befürworten. In der Volksabstimmung wurde dann auch der Gegenvorschlag angenommen. Und ebenfalls im September wurde die Auslagerung der öffentlichen Zahnkliniken beschlossen. Bei dieser Vorlage hatte BastA! schon von Beginn an das Referendum angedroht und engagierte sich danach auch federführend bei der Lancierung, der Unterschriftensammlung und im Abstimmungskampf, der dann leider im März 2015 verloren wurde.

In der Oktobersitzung wurde die Initiative „Wohnen für alle“ beraten. Nach langer Debatte entschied sich der Grosse Rat, den Gegenvorschlag der Regierung abzulehnen und die Initiative mit Empfehlung auf Ablehnung der Abstimmung zu unterbreiten. Ausserdem wurden mehrere Änderungen des Schulgesetzes beschlossen, wobei vor allem die Regelungen für die Privatschulen zu Reden gaben. Die Fraktionssprecherin Heidi Mück kritisierte den „Gemischtwarenladen“, den das Erziehungsdepartement hier vorlegte, und setzte sich für eine stärkere Regulierung der Privatschulen im Bezug auf die Erreichung der Lehrziele und den Anteil an ausgebildeten Lehrpersonen ein, ausserdem forderte das Grüne Bündnis zusammen mit der SP, dass die Privatschulen gemeinnützig und nicht gewinnorientiert arbeiten müssen, um eine Bewilligung zu erhalten. Doch diese Anträge wurden allesamt abgelehnt, die Privatschullobby hatte im Vorfeld ganze Arbeit geleistet. Ein positiver Aspekt dieser Gesetzesänderungen war, dass die Kurse in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) eine gesetzliche Grundlage erhielten.

Im November wurde die Motion von Sibel Arslan zur Anpassung des Wahlgesetzes (Quorum) nach heftiger Diskussion an die Regierung zur Berichterstattung innert dreier Monate überwiesen. Danach wurden die sechs BastA!-Vorstösse zur Linderung der Wohnungsnot behandelt. Der Anzug betr. günstigem Wohnraum dank Bebauungsplänen wurde mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt. Abgelehnt wurden auch der Anzug betr. IBS als Anbieterin von günstigem Wohnraum und der Anzug betr. günstigem Wohnraum bei Liegenschaften in kantonalem Besitz. Der Anzug betr. Sofortmassnahmen gegen die Wohnungsnot wurde überwiesen, ebenso wie der Anzug betr. Anteil von Wohnungen von gemeinnützigen Wohnbauträgern, die nach Einkommenskriterien vermietet werden und der Anzug betr. Notwohnungen für alleinstehende Personen. Immerhin konnten also die Hälfte der Vorstösse zur Linderung der Wohnungsnot überwiesen werden und es konnte hiermit der Druck auf die Regierung, etwas zur Verbesserung der Situation zu unternehmen, verstärkt werden.

Die Dezembersitzung wurde dominiert von der Budgetdebatte. Die Mehrheit der Finanzkommission beantragte Rückweisung an den Regierungsrat, die Minderheit wollte das Budget genehmigen. Die Bürgerlichen argumentierten, dass das budgetierte Defizit von 31 Mio. Fr. unannehmbar sei, sie kritisierten das masslose Ausgabenwachstum und forderten, dass nun unbedingt die Notbremse in Form von Sparmassnahmen gezogen werden müsse, da sonst die finanzielle Situation des Kantons in den nächsten Jahren aus dem Ruder laufe. Die Sprecherin der Fraktion Grünes Bündnis, Patrizia Bernasconi, bezeichnete den Antrag der Bürgerlichen als reine Panikmache, da das budgetierte Defizit von 31 Mio. einer roten Null gleichzusetzen sei. Sie kritisierte den Rückweisungsantrag als Zwängerei und zeigte auf, dass ein solcher Entscheid viel Unheil anrichten würde. Doch für einmal hielten die Sparapostel die Reihen geschlossen und das Budget wurde mit hauchdünner Mehrheit an den Regierungsrat zurückgewiesen. Die direkten Auswirkungen zeigten, dass unsere Fraktionssprecherin absolut Recht hatte: Verunsicherungen bei subventionierten Betrieben, sistierte Angebote, kontraproduktive Sparmassnahmen. Es bleibt zu hoffen, dass die von dieser Zwängerei betroffenen Menschen nicht so schnell vergessen, dass die Bürgerlichen ihnen dieses Schlamassel eingebrockt haben.

*Im Namen der Fraktion
Heidi Mück*